



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 5 vom 9.3.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

- Bibisidis: FSJ digital und Engagement-Praxis
- Maedler: Engagement und Kultur - BBE zu Gast bei der BKJ
- Nachbarschaftsnetzwerke: Vieregge interviewt Monika Lang

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Vogt: Zuwendungsrecht und Zuwendungspraxis
- Service Learning und Schule: Kleine Anfrage der Freien Wähler
- BMF-Schreiben zu digitalen Spendenbescheinigungen
- Erwerbsarbeit und Ehrenamt: Umfrageergebnisse
- Transparenzranking 2017
- Programm zur Befreiung amtlicher Informationen
- Lobbyregister: Gesetzentwurf aus der Zivilgesellschaft
- Weltweite Erosion der Menschenrechte
- Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerks

AKTUELLES AUS DEM BBE

- »Kinder - Kitas - Kooperationen«: Fachtagung
- Mitglied des Monats: Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- Ehrenamtliche für die Blaulichtorganisationen: Fachgespräch
- »Die Zukunft beginnt jetzt!«: Abschlusstagung
- Befunde und Konsequenzen des 7. Altenberichts: Fachtagung
- »Verein(t) für gute Schule« 2017: Förderpreis
- Engagement von Geflüchteten: Umfrage
- Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland: Partnerschaften gesucht
- Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten: Working Paper
- Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung: Publikation
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

Bibisidis: FSJ digital und Engagement-Praxis

Die Potenziale des Freiwilligen Sozialen Jahres Digital (FSJdigital) für die Engagement-Praxis sind das Thema des Beitrages von Thomas Bibisidis, seit 2012 Referent für Freiwilligendienste und Bundestutor und seit 2017 Referent für Wirkungsorientierung im Deutschen Roten Kreuz e.V. - Generalsekretariat. Dabei geht er von praktischen Erfahrungen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) mit dem FSJdigital aus. Diese wurden im Rahmen eines zweijährigen Pilotprojekts des DRK Generalsekretariats in Berlin gemeinsam mit dem DRK Landesverband Sachsen-Anhalt gemacht. Darin geht es um eine systematische Auslotung der Möglichkeiten und Chancen digitaler Technik in der Praxis der Sozialen Arbeit - und nicht nur jenseits davon in Seminaren. Sein positives Fazit des Projekts: »Im Kontext der digitalen Agenda der Bundesregierung lautet daher die Devise: Wer Neues wagen will, sollte Bewährtes nutzen! Das FSJdigital des DRK kann hierbei als Folie für die Umsetzung entsprechender Vorhaben dienen.«

[Beitrag von Thomas Bibisidis](#) (PDF, 167 kB)

[nach oben](#)

Maedler: Engagement und Kultur - BBE zu Gast bei der BKJ

Die Fachtagung »Ehrenamt in der Kultur - Zukunft des freiwilligen Engagements« der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (BKJ) und ihrer Mitglieder am 20. und 21. Januar 2017 ist das Thema des Beitrages von Jens Maedler, Leitung Freiwilliges Engagement bei der BKJ. Dort ging es um Nachwuchsgewinnung, Monetarisierung im Ehrenamt, Organisationsmodelle der Vorstandsarbeit, Erschließung neuer Zielgruppen und Entlastung für das Ehrenamt, u.a. mit einem Fachimpuls über Herausforderungen der ehrenamtlichen Vereinsarbeit von Dr. Thomas Röbbke, Vorsitzender des SprecherInnenrates des BBE. Die Fachtagung »Ehrenamt in der Kultur - Zukunft des freiwilligen Engagements« war eine Kooperationsveranstaltung der BKJ mit dem Arbeitskreis Musik in der Jugend, der Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände, dem Bund Deutscher Amateurtheater, der Deutschen Bläserjugend und der Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen.

[Beitrag von Jens Maedler](#) (PDF, 154 kB)

[nach oben](#)

Nachbarschaftsnetzwerke: Vieregge interviewt Monika Lang

Nachbarschaft und Nachbarschaftsnetzwerke stellen eine besondere Form zivilgesellschaftlicher Aktivität dar, die an Bedeutung zunimmt, so Monika Lang, Gründerin und erste Vorsitzende der Öcher Frönnde (hochdeutsch: Aachener Freunde). Wie dieser vor gut zehn Jahren gegründete und mehrfach ausgezeichnete Nachbarschafts- und Freundesverein funktioniert, was er bezweckt und was er erreicht - und was nicht -, sind Themen im Interview, das Henning von Vieregge geführt hat. Es ist zuerst im Verbändereport 1/2017 erschienen.

[Interview mit Monika Lang](#) (PDF, 837 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Vogt: Zuwendungsrecht und Zuwendungspraxis

Reformbedarfe bei Zuwendungsrecht und Zuwendungspraxis aus Sicht des Dritten Sektors sind das Thema des Beitrages von Gerhard Vogt, Direktor beim Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen a.D. und Leiter der Projektgruppe »Zuwendungspraxis« der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung (AWV e.V.). Ausgehend von der Unzufriedenheit mit dem Zuwendungsrecht und mit der Durchführung von Förderverfahren der öffentlichen Hand stellt er konkrete Problembereiche dar, beispielsweise verspätete Bewilligungen, unnötige Aufwände beim vorzeitigen Maßnahmebeginn, Besserstellungsverbot, belastende Rückforderungsregelungen, Auftragsvergaben oder unklare Definitionen förderfähiger Ausgaben. Ein Problem sind aber nicht alleine vorhandene bürokratische Regelungen: »Häufig nutzen die Bewilligungsbehörden die vorhandenen rechtlichen Spielräume nicht oder sind mit den Besonderheiten des geförderten Bereichs nicht ausreichend vertraut.« Kommunikation und Schulungen wären hier hilfreiche Maßnahmen. Der Beitrag ist erstmals erschienen in der »AWV Informationen« (Heft 1, Januar/ Februar 2017).

[Beitrag von Gerhard Vogt](#) (PDF, 164 kB)

[nach oben](#)

Service Learning und Schule: Kleine Anfrage der Freien Wähler

Die Freien Wähler in Bayern haben in einer Kleinen Anfrage nach der Rolle von Service Learning und nach dem Prinzip der eigenverantwortlichen Schule gefragt. Die Anfrage wurde am 12. Dezember 2016 vom Staatsministerium für Bildung und

Kultus, Wissenschaft und Kunst des Freistaats Bayern beantwortet. In der Antwort heißt es: »»Service Learning« stellt eine fach- und schulartübergreifende Methode dar, die - wie die didaktischen Methoden grundsätzlich - im neuen kompetenzorientierten LehrplanPLUS nicht als Begriff enthalten ist, sondern über die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsziels »Soziales Lernen« für Unterricht und Schulleben wirksam wird.« Insgesamt wird darauf hingewiesen, dass Schulen im Rahmen von Projekten freiwilliges Engagement der SchülerInnen integrieren können: »Die Integration von freiwilligem Engagement in den Unterricht bezeichnet man als »Service Learning« oder auch »Lernen durch Engagement«.«

[Antwort auf die Kleine Anfrage zu Service Learning](#)

[nach oben](#)

BMF-Schreiben zu digitalen Spendenbescheinigungen

In einem Schreiben vom 6. Februar 2017 hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder eine Klarstellung zur Anerkennung maschinell erstellter Zuwendungsbestätigungen veröffentlicht, die digital zugestellt werden. Danach gilt, dass ZuwendungsempfängerInnen, die dem zuständigen Finanzamt die Nutzung eines Verfahrens zur maschinellen Erstellung von Zuwendungsbestätigungen gemäß R 10b.1 Abs. 4 EStR angezeigt haben, die maschinell erstellten Zuwendungsbestätigungen auf elektronischem Weg in Form schreibgeschützter Dokumente an die Zuwendenden übermitteln können. Für die Abzugsberechtigung ist es dann unerheblich, dass der Zuwendungsempfänger den Ausdruck des entsprechenden Dokuments nicht selbst übernimmt, sondern dem Zuwendenden überlässt.

[BMF-Schreiben vom 6. Februar 2017](#)

[nach oben](#)

Erwerbsarbeit und Ehrenamt: Umfrageergebnisse

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa befragte vom 25. bis 31. Januar 2017 im Auftrag der Körber-Stiftung 1.000 Erwerbstätige ab 15 Jahren in Deutschland zur Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement mit ihrer Berufstätigkeit. Viele erwerbstätige Deutsche sind danach der Meinung, dass sich ein ehrenamtliches Engagement schlecht mit ihrem Beruf vereinbaren lässt. Ein Drittel aller Erwerbstätigen (34 Prozent) in Deutschland engagiert sich nach eigener Aussage in der Freizeit ehrenamtlich, zwei Drittel (66 Prozent) tun dies nicht. 79 Prozent der Nicht-Engagierten glaubt, ehrenamtliche Tätigkeiten weniger gut oder sogar schlecht mit ihrem Beruf in Einklang bringen zu können. Unter den Engagierten geben nur 23 Prozent an, dass sie sich engagieren, obwohl sich ihr Ehrenamt zeitlich weniger gut bzw. schlecht mit der Berufstätigkeit vereinbaren lässt. Die Erhebung

steht im Kontext des Fokusthemas »Neue Lebensarbeitszeit« der Körber-Stiftung, in dem neue Ideen und Modelle, wie sich Leben, Arbeit und Zeit anders verbinden lassen, entwickelt werden.

[Ergebnisband der Umfrage](#) (PDF, 113 kB)

[nach oben](#)

Transparenzranking 2017

Am 2. März 2017 hat Mehr Demokratie das erste Transparenz-Ranking herausgegeben. Es ist in Zusammenarbeit mit der Open Knowledge Foundation (OKF) entstanden. Die Untersuchung zeigt, dass den BürgerInnen der Zugang zu Behördeninformationen in vielen Bundesländern schwer oder sogar ganz unmöglich gemacht wird. Elf von 16 Bundesländern erhielten in der Bewertung weniger als die Hälfte der möglichen Punktzahl. Erreichen konnte man 100 Punkte, die sich aus folgenden Bereichen zusammensetzen: Informationsrecht (maximal 28 Punkte), Auskunftspflichten (20 P.), Ausnahmen (18 P.), Antragstellung (14 P.), Gebühren (10 P.) und Informationsfreiheitsbeauftragte/r (10 P.). Spitzenreiter im Transparenz-Ranking ist Hamburg mit 69 von 100 Punkten. Dort war nach 2012 nach einer Volksinitiative das bundesweit erste Transparenzgesetz verabschiedet worden. Auch der Bund wurde bewertet, er kommt auf 39 Punkte und läge damit mit Brandenburg auf dem 8. Platz. Bayern, Hessen, Sachsen und Niedersachsen haben 0 Punkte.

[Transparenzranking 2017](#) (PDF, 1,5 MB)

[nach oben](#)

Programm zur Befreiung amtlicher Informationen

Für Freies Wissen ist unveröffentlichtes Wissen immer eine Herausforderung. Wikimedia Deutschland hat deshalb in Verbindung mit FragDenStaat.de ein Programm zur Befreiung von Daten und Informationen begonnen, die im Besitz von Behörden sind. Diese Daten können mit dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) von jedem auf Bundesebene und in den meisten Bundesländern ohne Angabe von Gründen erfragt werden. Allerdings können dabei Gebühren von bis zu 500 Euro erhoben werden. Über Wikimedia Deutschland ist eine Erstattung der Gebühren möglich, sofern die Informationen für die Wikipedia, Wikidata oder andere Wikimedia-Projekte relevant sind und anschließend dort eingepflegt werden. Das Portal FragDenStaat.de hilft beim Stellen der Anfragen.

[Weitere Informationen zum Förderprogramm](#)

[nach oben](#)

Lobbyregister: Gesetzentwurf aus der Zivilgesellschaft

Am 6. Februar 2017 haben LobbyControl und abgeordnetenwatch.de einen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister vorgestellt. Dieser Entwurf entstand unter Beteiligung der Öffentlichkeit und unter Mitwirkung der Rechtsanwältin Katja Pink. Es handelt sich um den durch öffentliche Diskussionen veränderten Entwurf einer ersten Fassung von Sommer 2016. Der Entwurf reagiert darauf, dass laut Umfragen rund drei Viertel aller BundesbürgerInnen mehr Transparenz und die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters befürworten, dieses Thema aber im Bundestag nicht vorankommt. Durch das Gesetz sollen klare Regeln für LobbyistInnen aufgestellt werden, darunter Verbände, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Agenturen und Kanzleien.

[Gesetzentwurf Februar 2017](#) (PDF, 250 kB)

[nach oben](#)

Weltweite Erosion der Menschenrechte

Wenn Amnesty International einmal im Jahr seinen Bericht zur weltweiten Lage der Menschenrechte vorlegt, geht es zumeist um die Situation in Diktaturen oder Kriegsgebieten, um Morde und Folter. In diesem Jahr aber liegt der Berichtsschwerpunkt auf Politiken der Ausgrenzung auch in demokratischen Staaten. Amnesty International warnt vor diesem Hintergrund vor einer Erosion der Menschenrechte. Generalsekretär Salil Shetty schreibt im Vorwort bündig: »Die Welt wurde 2016 finsterner und unsicherer«. Die deutsche Ausgabe erscheint am 24. Mai 2017 im S. Fischer Verlag. Länderkapitel etwa zu Deutschland können auch jetzt online gelesen werden.

[Amnesty International zu Menschenrechten in Deutschland](#)

[nach oben](#)

Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerks

Am 2. Februar 2017 wurde der Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerks vorgestellt. Im Zentrum des jährlich erscheinenden Reports standen dieses Jahr Fragen zur Demokratieerziehung und zur demokratischen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Die repräsentative Umfrage durch infratest dimap zeigt, dass die Hauptverantwortung in der Familie (90 Prozent) und in Kita und Schule (65 Prozent) gesehen wird. Noch vor den politischen Parteien (10 Prozent) oder Jugendverbänden (7 Prozent) werden Sportvereine (12 Prozent) als wesentliche Akteure gesehen. Zudem erwarten 79 Prozent der Erwachsenen, dass TrainerInnen in Sportvereinen Vorbilder in Sachen Demokratie sein sollen.

[Kurzfassung des Kinderreports 2017](#) (PDF, 279 kB)

[Langfassung des Kinderreports 2017](#) (PDF, 4,7 MB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

»Kinder - Kitas - Kooperationen«: Fachtagung

Wie wird die Kindertageseinrichtung zu einem demokratischen Ort? Wie lernen Kinder frühzeitig, dass sie sich selbst engagieren und mitgestalten können? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Fachtagung »Kinder - Kitas - Kooperationen. Engagement und Partizipation in Kindertageseinrichtungen« am 6. April 2017 in Greifswald. Veranstaltende sind die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, der Landkreis Vorpommern-Greifswald, die Bertelsmann Stiftung, die Stiftung Bildung und Gesellschaft sowie das BBE. Die Fachtagung wird unterstützt durch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern, die Arbeitsgruppe des internationalen Netzwerkes »Frühkindliche Bildung und Erziehung« Greifswald sowie die Stiftung Bildung. Bei der Veranstaltung handelt es sich um eine Weiterbildung laut Curriculum zur Umsetzung der »Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in M-V«. Die Teilnahmegebühr beträgt 20 Euro. Eine Anmeldung ist bis zum 23. März 2017 per E-Mail möglich.

[Weitere Informationen zur Fachtagung »Kinder - Kitas - Kooperationen«](#)

Anmeldungen bei Jana Börsdamm unter
E-Mail: bbe-tagungsbuero@b-b-e.de

[nach oben](#)

Mitglied des Monats: Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT)

»Theater für alle«, von und mit allen Generationen: Das ist die Philosophie des Bundes Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT). Als Dachverband der Amateurtheater in Deutschland ist er einer der größten Interessenverbände für die Darstellenden Künste in Europa. Die rund 2.400 Bühnen seiner 18 Mitgliedsverbände arbeiten ehrenamtlich und bilden so eine wichtige Säule des kulturellen bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere im ländlichen Raum. Der BDAT ist anerkannter Träger für den Bundesfreiwilligendienst Kultur und Bildung 27plus und berät Einsatzstellen und Freiwillige. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist dementsprechend ein wichtiges Ziel des Verbandes. Daher verleiht

er im jährlichen Wechsel den Amateurtheaterpreis und die Innovationsförderung »amarena«, um künstlerische Leistungen im außerberuflichen Theaterschaffen anzuerkennen und zu fördern. Eine zentrale Aufgabe des BDAT ist es, den Dialog der Generationen zu fördern und die AkteurInnen bundesweit und international zu vernetzen. Unter dem Motto »125 Jahre - 125 Tage Amateurtheater« startet der BDAT am 12. Mai 2017 mit seinen Mitgliedern in Berlin ein bundesweites Jubiläumsprogramm.

[Weitere Informationen zum BDAT](#)

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

Ehrenamtliche für die Blaulichtorganisationen: Fachgespräch

Der Arbeit der sogenannten »Blaulichtorganisationen« - z.B. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Sanitätsdienste oder Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft - ist vielfach nur durch ehrenamtlich engagierte Mitglieder möglich. Doch immer mehr Organisationen haben mit Nachwuchssorgen zu kämpfen. Neben demografischen Veränderungen sehen sich die Organisationen mit einer Vielzahl an Problemen konfrontiert: unflexible Arbeitsverhältnisse, Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt, mangelnde Mobilisierung von Frauen sowie MigrantInnen. Gleichzeitig wächst das Engagement in staatsfernen Organisationen oder in neuen selbstorganisierten Initiativen, z.B. in der Flüchtlingshilfe. Die Veranstaltung »Dringend gesucht: Ehrenamtliche für die Blaulichtorganisationen!« am 27. März 2017 von Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion beschäftigt sich daher mit den Fragen: Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen braucht es, um das klassische Ehrenamt attraktiver zu machen? Wie können Brücken zwischen den verschiedenen Engagementformen gebaut werden? Dr. Serge Embacher, Projektleiter im BBE, wird mit einem Impuls aus der Engagementförderung auf dem Podium vertreten sein. Eine namentliche Anmeldung mit Angabe des Geburtsdatums ist bis zum 22. März 2017 erforderlich.

[Weitere Informationen zum Fachgespräch](#)

[nach oben](#)

»Die Zukunft beginnt jetzt!«: Abschlusstagung

Der AWO Bundesverband, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Evangelischen Freiwilligendienste und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) haben gemeinsam das zweijährige Projekt »Bildung für Nachhaltige

Entwicklung in den Freiwilligendiensten« durchgeführt. Das Projekt endet mit der Abschlusstagung »Die Zukunft beginnt jetzt!« am 4. April 2017 in Berlin. Mehr als 100 pädagogische Fachkräfte aus den Freiwilligendiensten haben in Multiplikatorenworkshops Ziele und Ideen entwickelt, um ihre Bildungsarbeit noch mehr in Richtung Bildung für Nachhaltige Entwicklung auszurichten. Auf der Abschlusstagung sollen die Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven für pädagogische Fachkräfte und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen durch Impulsvorträge und aktivierende Fachforen vertiefend herausgearbeitet werden. Außerdem sollen Rolle und Möglichkeiten von Verbänden in den sozial-ökologischen Transformationsprozessen diskutiert werden. Anmeldeschluss ist der 26. März 2017. Die Teilnahmegebühren betragen 25 Euro, ermäßigt 15 Euro für Studierende, ALG II EmpfängerInnen und Freiwilligendienstleistende.

[Weitere Informationen zur Abschlusstagung](#)

[Programm zur Abschlusstagung](#) (PDF, 505 kB)

[nach oben](#)

Befunde und Konsequenzen des 7. Altenberichts: Fachtagung

Im November 2016 wurde der Siebte Altenbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros greift in ihrer Veranstaltung »Engagement und Sorgestrukturen im kommunalen Raum - Befunde und Konsequenzen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung« am 10. Mai 2017 in Heidelberg die zentralen Ergebnisse zu den Themenfeldern Daseinsvorsorge, Soziale Ungleichheit und bürgerschaftliches Engagement auf. Ziel der Fachtagung ist es, wesentliche Erkenntnisse der Altenberichterstattung zugänglich zu machen und zugleich den lokalen AkteurInnen für ihre weitere Tätigkeit relevante Handlungsempfehlungen zu vermitteln. Die Tagung richtet sich an Verantwortliche aus Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäusern, Freiwilligenagenturen und weiteren lokalen Einrichtungen der offenen Seniorenarbeit und der Engagementförderung. Angesprochen sind aber auch fachlich Interessierte von Bund, Ländern und insbesondere Kommunen sowie aus gemeinnützigen Organisationen, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft des Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg (ARBES e.V.) ausgerichtet. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldeschluss ist der 15. April 2017.

[Weitere Informationen zur Fachtagung](#)

[nach oben](#)

»Verein(t) für gute Schule« 2017: Förderpreis

Bildung für nachhaltige Entwicklung befähigt Kinder und Jugendliche zu reflektiertem und verantwortungsbewusstem Denken und Handeln und ermöglicht einen Einblick in die Folgen der eigenen Lebensweise für die Menschen kommender Generationen und auf anderen Erdteilen. Um diesen Prozess zu befördern, zeichnet die Stiftung Bildung drei Schulen und ihre Schulfördervereine mit dem Förderpreis »Verein(t) für gute Schule« 2017 und je 5.000 Euro Preisgeld aus. Gesucht werden in diesem Jahr herausragende Projekte zu den Themen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Kooperationen, Sustainable Development Goals (SDGs) sowie ökologisches, ökonomisches und soziales Handeln unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen. Bis zum 30. April 2017 können sich die Schulfördervereine über die Verbände der Kita- und Schulfördervereine bewerben.

[Weitere Informationen zum Förderpreis](#)

[nach oben](#)

Engagement von Geflüchteten: Umfrage

Im Rahmen der Studie »Freiwilliges Engagement von Geflüchteten: Motive, Strukturen, Nachhaltigkeit« führt die Universität Duisburg-Essen eine Online-Befragung durch. Das grundsätzliche Ziel der Studie ist die wissenschaftliche Untersuchung von Strukturen in Organisationen sowie der unterschiedlichen Arbeitsfelder und der biografischen Bedeutung des Engagements von Geflüchteten. Zielgruppe sind Organisationen, in denen Freiwilligenarbeit für/mit/von Geflüchteten stattfindet. Die Umfragedauer beträgt etwa 15 Minuten. Die Befragung wird bis zum 31. März 2017 freigeschaltet bleiben.

[Online-Befragung](#)

[nach oben](#)

Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland: Partnerschaften gesucht

Im Projekt »Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland«, das die Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchführt, werden Kleinprojekte in den Ländern Marokko, Tunesien und Algerien u. a. in den Bereichen Bürgerbeteiligung, Stadtentwicklung und Sanierung, Energie und Klima oder Mobilität unterstützt. Vor Ort erfolgt eine direkte Unterstützung durch die GIZ, die Expertise deutscher Kommunen unterstützt die Projekte in einem Zeitraum von 1 bis 2 Jahren durch Beratungseinsätze, Studienreisen oder Hospitationen. Das Projekt richtet sich an Kommunalverwaltungen, Landkreise und auch kommunale Unternehmen in Deutschland, die an einer internationalen Zusammenarbeit

interessiert sind. Die SKEW übernimmt alle im Projekt anfallenden Reisekosten für die deutschen Kommunen und leistet fachliche Unterstützung. Insbesondere in den Themenfeldern Mobilität, Sanierung und Bürgerbeteiligung werden noch interessierte deutsche ProjektpartnerInnen gesucht.

[Weitere Informationen zum Projekt](#)

[nach oben](#)

Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten: Working Paper

Freiwilliges Engagement spielt eine entscheidende Rolle bei der Aufnahme geflüchteter Menschen. Viele Freiwillige agieren dabei außerhalb etablierter zivilgesellschaftlicher Strukturen. Wer sind die Freiwilligen, was motiviert sie und vor welchen Herausforderungen stehen sie? Wie trägt freiwilliges Engagement zur gesellschaftlichen Teilhabe geflüchteter Menschen bei? Das Working Paper »Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten« des Projekts »Perspektive Teilhabe« fasst den aktuellen Stand der Forschung zur freiwilligen Arbeit mit Geflüchteten zusammen und entwickelt daraus konzeptionelle Vorschläge für die politische Bildung in diesem Feld. Das Projekt »Perspektive Teilhabe: Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit - Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe für Geflüchtete« verfolgt das Ziel, Freiwillige mit und ohne eigene Fluchterfahrung, die im Bereich Flucht und Asyl tätig sind, mit Vernetzungs- und Bildungsangeboten zu unterstützen.

[Working Paper](#) (PDF, 1,9 MB)

[Weitere Informationen zum Projekt »Perspektive Teilhabe«](#)

[nach oben](#)

Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung: Publikation

Welche Ziele sollen erreicht werden und welche AkteurInnen werden benötigt? U.a. diese Fragen gilt es zu Beginn eines Beteiligungsprozesses zu klären. Damit die Beantwortung gelingt, setzen ProzessgestalterInnen Erhebungs- und Analysetechniken ein. Das »Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung - Beteiligungsprozesse erfolgreich planen« (Band 1), herausgegeben von Peter Patze-Diordiychuk, Jürgen Smettan, Paul Renner und Tanja Föhr, stellt 10 dieser Techniken vor und sortiert diese nach sinnvollen Kriterien (Teilnehmendenzahl, Zielsetzung, Kostenrahmen etc.). Band 2 - »Passende Beteiligungsformate wählen« - setzt sich mit Moderations- und Beteiligungskonzepten auseinander und stellt 20 erprobte Methoden vor. Die Publikationen sind zwei von insgesamt fünf Bänden des »Methodenhandbuchs Bürgerbeteiligung«, die in den kommenden drei Jahren erscheinen sollen und den gesamten Beteiligungsprozess in den Blick nehmen. Sie richten sich an Kommunalverwaltungen, Personen, die als BeraterInnen oder

ModeratorInnen Beteiligungsprozesse begleiten, AkteurInnen aus der Kommunalpolitik sowie an kommunale Vereine, Bürgerinitiativen und Verbände.

[Weitere Informationen zum Methodenhandbuch - Band 1](#)

[Weitere Informationen zum Methodenhandbuch - Band 2](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Kinder im Zentrum Gallus e.V. sucht für den Bereich »Engagement« bevorzugt zum 1. April 2017 eine Bereichsleitung zur Bündelung, Akquise, Analyse und Unterstützung neuer und traditioneller Engagementformen als Elternzeitvertretung mit der Möglichkeit auf Verlängerung.

Das Archiv der Jugendkulturen e. V. sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n MitarbeiterIn für die Position der Assistenz der Leitung. Die Arbeitszeit beträgt 30 Wochenstunden. Bewerbungsfrist ist der 13. März 2017.

[Weitere Informationen zu den Stellenausschreibungen](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 23. März 2017.

Redaktionsschluss ist der 15. März 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Hier können Sie Ihre Einstellungen ändern oder Ihr Abonnement kündigen:

http://www.b-b-e.de/newsletter-abo/daten-bearbeiten/?t=fe_users&u=###USER_uid###&a=###SYS_AUTHCODE###